

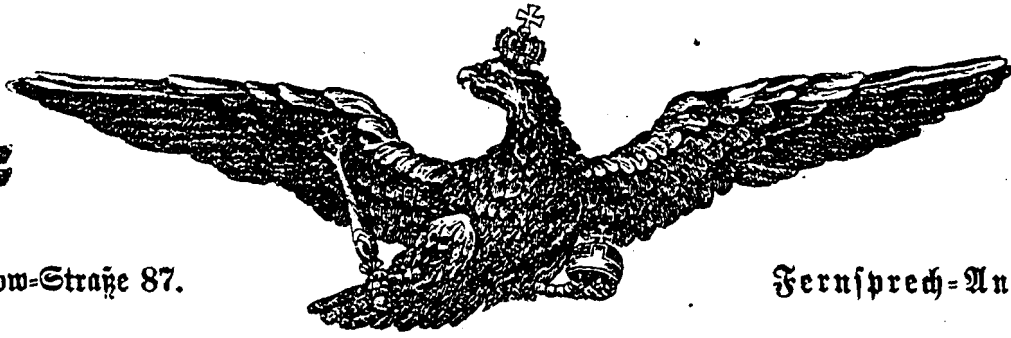
Erscheint
Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal:
Durch die Post bezogen 1 Mk. 25 Pf. incl. Bestellgebühr,
frei in's Haus 1 Mk. 50 Pf.
Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Zeltower

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Lützow-Strasse 87,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Zeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-

Expedition: Berlin W., Lützow-Strasse 87.



Blatt.

Fernsprech-Anschluß: Amt VI., Nr. 671.

Nr. 38.

Berlin, Dienstag, den 25. Juli 1893.

37. Jahrg.

Redaktion und Expedition befinden sich jetzt: Berlin W., Lützowstraße 87, 4. Haus von der Potsdamerstraße, gegenüber dem Elisabeth-Krankenhaus.

Amtliches.

Berlin, den 19. Juli 1893.

Der Königl. Kreis-Physiker Klein ist vom 16. Juli bis zum 14. August beurlaubt und wird während dieser Zeit durch Herrn Professor Eggeling, hier, Louisestraße 56, vertreten.
Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 20. Juli 1893.

Der Amts-Vorsteher und Standesbeamte, Bürgermeister a. D. Muffel zu Tempelhof ist während der Zeit vom 22. bis 27. Juli d. Js. an Wahrnehmung der Amtsgeschäfte verhindert und wird durch den Schöffen, Fabrikanten Kapfer zu Tempelhof vertreten.
Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 21. Juli 1893.

Die Kreis-Kommunal- und Kreis-Spar-Kasse bleibt am 29. und 31. dieses Monats des Monats-Abschlusses wegen geschlossen.
Namens
des Kreis-Ausschusses des Kreises Zeltow.
Stubenrauch, Landrath.

Nichtamtliches.

Eine Hundegeschichte.

Die sozialdemokratische „Tribüne“ zu Erfurt ist in der Lage, den nachstehenden Brief des dortigen Oberbürgermeisters Lange an den Oberbürgermeister von Tschoppe zu veröffentlichen:

Euer Hochwohlgeboren haben, wie durch den Polizeiergeanten Schulz dienstlich gemeldet worden ist, am 16. d. Mts. Vormittags in der achten Stunde Ihren Hund ohne Aufsicht und ohne Beifahrer in der Wilhelmstraße frei umherlaufen lassen und sich dadurch einer Uebertretung der Regierungs-Präsidial-Polizeiverordnung vom 28. Oktober 1882 und der Polizeiverordnung vom 4. Juni 1891 schuldig gemacht. Ich sehe Euer Hochwohlgeboren von der erstatteten Anzeige hiermit in Kenntnis mit dem ergebenden Bemerkten, daß ich vom Erlaß einer Strafverfügung zwar absehe, jedoch Euer Hochwohlgeboren ergebnis erlöschend, gefälligst dafür sorgen zu wollen, daß der Hund künftig den bestehenden Vorschriften entsprechend auf den Straßen mit Maulkorb versehen und nicht unbeaufsichtigt sich bewegt. Es wäre mir andererseits in hohem Grade peinlich, Euer Hochwohlgeboren wiederum zur Anzeige gebracht zu sehen und Strafverfügung erlassen zu müssen. Die Polizei-Verwaltung. Der Oberbürgermeister. J. B. Lange.

Ob solche Bertwahrungen in Erfurt nur gestattet sind, wenn es sich um Hunde hochgehaltener Beamten handelt, oder ob, wie uns scheint, der Herr Oberbürgermeister auch in diesem Falle die Strafverfügung ohne Weiteres hätte erlassen müssen, soll hier nicht genauer untersucht werden. Was uns an dem Schriftstücke interessiert, ist der Umstand, daß ein sozialdemokratisches Blatt dasselbe zur allgemeinen Kenntniss bringt. Die Annahme, daß der Briefschreiber die Veröffentlichung veranlaßt hat, kann wohl von vornherein als irrig gelten. Daß der Adressat sich beeilt hätte, das Schreiben der sozialdemokratischen Redaktion einzusenden, ist gewiß ebenso wenig zutreffend. Es bleibt somit nur die Annahme übrig, daß ein Vertrauensbruch oder ein direkter Diebstahl zu Parteizwecken vorliegt, und diese Annahme erhält ihre Bestätigung dadurch, daß eine Untersuchung in dieser Hinsicht bereits eingeleitet ist.

Nun rühmen sich bekanntlich die sozialdemokratischen Führer beständig, daß eine sehr erhebliche Anzahl kleiner Beamten sich in ihren Reihen befände. Sie machen aber fast ebenso häufig großen Lärm darüber, daß der Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung die Träger derselben fortwährenden Maßregelungen aussetze. Wenn aber in Erfurt das geschehen ist, was in Bezug auf eine ganze Reihe bedeutend wichtigerer Ämterstücke als notorisch gelten darf, nämlich daß dieselben dadurch in unbefugte Hände und an die Öffentlichkeit gerietzen, weil Personen, denen sie in amtlicher Eigenschaft anvertraut waren, im sozialdemokratischen Parteinterresse Dritten davon Kenntniss verschafften, wer will es dann einem pflichtgetreuen Vorgesetzten verdenken, wenn er das ärgste Mißtrauen gegen alles hegt, was mit der Sozialdemokratie in Beziehung steht, und jedes

erlaubte Mittel anwendet, um derartige Elemente aus allen Bureaus und Ämtern nach Möglichkeit fern zu halten.

Vorkommnisse, wie die Publikation obiger Hundegeschichte, gehören seit einiger Zeit durchaus nicht mehr zu den Seltenheiten. Dabei muß leider zugegeben werden, daß es nicht die Sozialdemokraten allein sind, welche sich mit derartigen Indiskretionen befassen. Wir haben es erlebt, daß die „Pöln. Ztg.“ die geheim zu haltende Militärvorlage unbefugter Weise veröffentlichte, und daß Herr Ahlwardt in seinem „Judenstinten“-Prozess mit Aktenstücken aufwarten konnte, über deren unrechtlchen Erwerb ein Zweifel nicht möglich war. Man hat indessen gute Gründe zu der Annahme, daß bezüglich der Militär-Vorlage seitens einer im berechtigten Besitze des Entwurfes befindlichen Persönlichkeit die Absicht vorhanden war, den Intentionen des Reichskanzlers zum allgemeinen Besten entgegenzuhandeln, und bezüglich des Ahlwardtschen Falles weisen wir darauf hin, daß der Angeklagte sich des betreffenden Schriftstückes erst im letzten Momente, als ihm das Messer sozujagen an der Kehle saß, bediente. Aber schlimm ist es und bleibt es, daß die Scheu, um des Zweckes willen derartige Mittel anzuwenden, auch in Kreisen, von welchen man Besseres erwarten sollte, nicht mehr im wünschenswerthen Maße vorhanden zu sein scheint.

Das entschuldigt jedoch keineswegs die Sozialdemokraten, und zwar um so weniger, als dieselben im Gegensatz zu den gerügten ganz vereinzelt dastehenden Vorkommnissen den gewerbsmäßigen Aktendiebstahl mit der Zeit geradezu in ein System gebracht haben. Sie gehen dabei entsprechend ihrem Programm von der Anschauung aus, daß im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung jedes Mittel erlaubt sei. Und da ihr Gewissen ihnen keine Schranke zieht und religiöse Motive für sie nicht in Frage kommen, so ist es klar, daß die hier in Rede stehenden Ercheinungen naturnothwendige Konsequenzen ihrer Parteibestrebungen darstellen. Beklagenswerth sind dieselben aber im höchsten Maße und ihre verwüstenden Wirkungen in Bezug auf das gesamte Volksleben sind unverkennbar. Es wird Sache aller Behörden sein, auf diese Vorgänge, durch welche auf die Dauer jeder Regierung erheblichere Schwierigkeiten erwachsen müssen, als durch offene Auflehnung, ein scharfes Augenmerk zu richten und dieselben mit der rücksichtslosesten Energie zu ahnden. Die hier zur Sprache gebrachte Hundegeschichte ist nur ein Symptom; aber sie zeigt sehr deutlich an, wo in vielen und nicht selten recht bedenklichen Fällen der Hund begraben liegt.

Bundschau.

* Ihre Majestäten haben, wie bereits gemeldet, am Freitag die Rheide von Tullgarn auf der Nacht „Hohenzollern“ verlassen. Der Cours ging auf Rücke. Unterwegs war schwerer Seegang zu bekämpfen, weshalb der Kaiser den Begleitschiffen befahl, zurückzubleiben. Am Sonnabend Nachmittags warf die „Hohenzollern“ vor Sagnitz Anker. Der Courier wurde an Bord genommen. Der Kaiser blieb an Bord und nahm daselbst Vorträge entgegen. Die Kaiserin landete gegen 5 1/2 Uhr und besuchte die hier weilenden Kinder des Prinzen Leopold. Das Wetter ist wieder klar.

— Zum 6. August sind die Finanzminister der Einzelstaaten zu einer Konferenz mit dem Reichsschatzsekretär über die Reichssteuerreform vom Reichskanzler nach Frankfurt a. M. eingeladen. Es wird sich wahrscheinlich nicht bloß darum handeln, die geeigneten Deedungsmittel für die militärischen Mehrausgaben zu finden, sondern es soll auch eine Neuregelung des Verhältnisses des Reichs zu den Einzelstaaten ins Auge gefaßt werden, um die bisherige Unsicherheit für die gesammte Finanzgebarung des Reichs wie der Einzelstaaten in Bezug auf die Höhe der Ueberweisungen vom Reich und der Partikularbeiträge an das Reich zu beseitigen. Eine Entscheidung

darüber, ob Freiherr von Malsahn das Staatssekretariat im Reichsschatzamt beibehält oder nicht, wird wohl erst nach der Frankfurter Konferenz erfolgen.

— Der Rechnungsabluß der Reichskasse für das abgelaufene Etatsjahr hat ergeben, daß im Vergleich zum Anschlag 8 Millionen Mark mehr eingenommen und gegen 7 Millionen Mark mehr ausgegeben worden sind. Die Zölle und die Tabaksteuer, von deren Ertrage der Reichskasse nur der feste Anteil von 130 Millionen verbleibt, haben 21 087 000 Mk. mehr eingebracht, wovon 20 564 000 Mk. auf die Zölle und 523 000 Mark auf die Tabaksteuer entfallen. Bei den den Bundesstaaten im vollen Reinertrage zustehenden Steuern sind gegen den Etat weniger auf gekommen: Bei der Verbrauchsabgabe von Branntwein 6 831 000 Mark und bei den Stempelabgaben für Wertpapiere u. 6 451 000 Mk. Diese Abweichungen von der etatsmäßigen Voraussetzung finden im Reichshaushalt ihren Ausgleich durch entsprechende Erhöhung oder Ermäßigung der unter den Ausgaben angelegten Ueberweisungen an die Bundesstaaten. Im Ganzen haben sich diese Ueberweisungen auf 358 925 000 Mk. belaufen, das sind 7 820 000 Mark mehr als im Etat vorgesehen.

— Die Einnahmen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung betragen im ersten Vierteljahr des neuen Etatsjahres (April bis Juni d. J.) 61 007 206 Mk. gegen 57 997 574 Mark desselben Zeitraums im Vorjahr. Der reine Ueberfluß der Einnahmen über die Ausgaben betrug 7 959 035 Mk. gegen 5 578 142 Mk. des ersten Vierteljahres im Vorjahr, mithin mehr 2 380 893 Mk. Wenn gegenüber diesen sehr günstigen Ergebnissen in einem Theil der Tagespresse von Verminderung der Telegramm-Einnahmen die Rede ist, so kann sich dies nur auf einzelne Borsentelegraphenstationen beziehen. Im ganzen Reich hat eine erhebliche Zunahme des Gesamt-Telegraphenverkehrs und damit auch der Einnahme stattgefunden, wie dies nach der Ermäßigung des Tarifs von 6 auf 5 Pf. für das Wort von der Verwaltung erwartet worden ist.

— Nach einer Zusammenstellung des Kultusministeriums sind im Jahre 1892 in dieser Verwaltung 8 301 840 Mk. in 408 Zuwendungen und Schenkungen an inländische Korporationen und andere juristische Personen vertheilt worden. Die größten Summen entfallen auf katholische Kirchen, Anstalten und Stiftungen, nämlich 4 277 517 Mk.; auf evangelische Kirchen und Stiftungen kommen 2 303 121, auf Universitäten 183 450, auf höhere Lehranstalten 141 417, auf Volksschulen 32 000, auf Taubstummen- und Blinden-Anstalten 100 527, auf Waisenhäuser und andere Wohlthätigkeitsanstalten 103 204, auf Kunst- und wissenschaftliche Institute 482 456 und auf Heilanstalten 536 456 Mk. Berücksichtigt sind nur die Schenkungen von über 3000 Mk., zu deren Annahme es der Königlichen Genehmigung bedarf.

— Dem vom Reichstag angenommenen Nachtragetat ist eine Uebersicht über die Etatsstärke des deutschen Heeres für das zweite Halbjahr 1893/94 beigefügt. Hiernach ergeben sich folgende Zahlen: Offiziere 22 458 (+ 1796), Unteroffiziere: Zahlmeister-Aspiranten 1201 (+ 208), Spielleute 6064 (+ 369), Lazarethgehilfen 1922 (+ 190), sonstige 68 677 (+ 10 145), überhaupt Unteroffiziere 77 864 (+ 10 912); Gemeine; Spielleute 15 645 (+ 1549), Unter-Lazarethgehilfen 1926 (+ 273), Oekonomie-Handwerker 7243 (- 1076), Kapitulanten und Gemeine 454 415 (+ 58 452), insgesammt 479 229 (+ 59 198); Militärärzte 2068 (+ 228), Zahlmeister, Militärmusikinspektoren, Luftschiffer 1102 (+ 207), Hofärzte 578 (+ 20), Büchsenmacher und Waffenmeister 1060 (+ 206), Sattler 93, Dienstpferde 76 382 (+ 3094).

— Ueber sozialdemokratische Freiheit urtheilen die Züricher „Zeitschriften“ folgendermaßen:

„Der die Vorgänge der letzten Zeit, welche sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei hier und in Deutschland abgespielt haben, aufmerksam beobachtet hat, wird in der Auslehnung der Unabhängigen gegen ihre alten bewährten Führer weniger eine mächtig wirkende Verschiedenheit der Meinungen als ein trügerisches Aufhäufen von Meinungen gegen einen ganz ungläublichen Despotismus erblicken. Die Parteileiter, gleichviel ob groß oder klein, unterdrücken jede, auch die leiseste Regung der Selbstständigkeit, das Parteinteresse

und das Parteidogma ist allein ihre Richtschnur. Die Beamten der Partei üben in ihrem gut bezahlten Stellen einen maßlosen Terrorismus und nützen vermöge der strengen Parteidisziplin alle ihnen verbundenen Arbeiter-Organisationen für ihre politischen Zwecke rücksichtslos aus. Nicht die Freiheit und Unabhängigkeit des Individuums herbeizuführen, ist das Ziel der Sozialdemokratie. Man spiegelt dem Arbeiter vor, das Kapital treibe ihn in Sklaverei. Die Sozialdemokratie wird ein absoluteres Regiment führen als der Kaiser von Rußland; wenn der Arbeiter sich jetzt mit Ruthen gequält glaubt, so wird er im sozialdemokratischen Staate mit Skorpionen gepeinigt werden. Das ist sozialdemokratische Freiheit!“

— Mit Siam haben die Franzosen rasch Ernst gemacht. Die Siamesen verlangten zunächst eine Fristverlängerung zur Beantwortung des ihnen gestellten Ultimatum. Das schlugen die Franzosen rundweg ab und ließen ihre Streitkräfte ungehäumt vorgehen. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Saigon hat der französische Kommandant auf der Insel Rhone am Mittwoch das Feuer gegen die Siamesen eröffnet und denselben in dreitägigen Kämpfen vier Forts entzogen. Die Verluste der Siamesen werden auf 300 Tode und 200 Verwundete geschätzt. Daraufhin sollen die Siamesen sich bereit erklärt haben, die Bedingungen der Franzosen anzunehmen. — Der Senat bewilligte den Kredit für Dahome im Betrage von sieben Millionen. Der Unterstaatssekretär der Kolonien Delcassé hob hervor, die Lage in Dahome sei eine günstige. Der Gouverneur von Benin habe Behauptung gemacht, er wolle nur mit ihm selbst verhandeln. Dobbis habe erklärt, das Schwert müsse das zu Ende führen, was das Schwert begonnen habe. — Die Anklagelammer hat die wegen Dokumentenfälschung angeklagten Norton und Ducret vor den Schwurgerichtshof verwiesen. Unterdessen wird der Preßkampf um diese Angelegenheit mit Heftigkeit weiter geführt. Clemenceau hatte schon früher behauptet, daß Judet, einer der Leiter des „Petit Journal“ der Anführer des Regers Norton sei, und hat diese Behauptung neuerdings aufrecht erhalten. Daraufhin forderte ihn Judet. Die Sekundanten Clemenceaus erklärten aber, mit einem Fälscher brauche ein ausländischer Mann sich nicht zu schlagen. Nun schimpfte Judet den Clemenceau einen Feigling, und dieser antwortete hinwiederum, er habe keine Veranlassung die Ehre des Zuchthäuslers Judet durch einen ehrlichen Zweikampf wieder herzustellen. Eine nette Gesellschaft!

— Die „Tribüne“ behauptet, daß der unter Anklage gestellte frühere Bankgouverneur Tanlongo die gesammten unterschlagenen Millionen theils zu Zahlungen an die Regierung, theils zur Erlangung der Presse und für Kosten des Notenaustausches mit anderen Bettelbanken verwendet habe.

— Die Konferenz der Vertreter der englischen Bergwerkbefitzer und der Delegirten des Bergarbeiterverbandes in London hat zu keiner Einigung geführt und ist geschlossen worden. Da die Bergarbeiter die schiedsgerichtliche Entscheidung ablehnten, wird die Angelegenheit nunmehr der Generalversammlung der Grubenbesitzer vorgelegt werden. Das Mitglied des Unterhauses Picard hat die Ansicht ausgesprochen, daß eine gütliche Beilegung der Angelegenheit ausgeschlossen sei.

— Die Auswanderung der bäuerlichen Bevölkerung aus Rußisch-Polen nach Amerika nimmt seit Kurzem einen ganz außerordentlichen Umfang an. Besonders in den Gouvernements Piotrow, Kalisch und Plock verlassen viele hunderte von polnischen Bauernfamilien Haus und Hof. In den Monaten April, Mai und Juni dieses Jahres haben bereits rund 10 000 Personen aus Rußisch-Polen die alte Heimath verlassen und mindestens ebensoviel dürften noch bis Oktober sich aus Rußisch-Polen nach der neuen Welt begeben.

— Ueber die Volksbildung in Rußland giebt die russische Wochenschrift „Redelja“ eine Zusammenstellung, aus der hervorgeht, daß nur in Finnland, dem Dorpat Lehrbezirk und bei den deutschen Kolonisten im Innern westeuropäische Bildungsverhältnisse vorhanden sind. Das Blatt schreibt nämlich:

„Im Jahre 1874 zählte man unter der Gesamtzahl der Rekruten im europäischen Rußland